
Dokumentation

Verhandlungen des 5. Außerordentlichen DGB-Bundeskongresses (Teil 1)

Der 5. Außerordentliche DGB-Bundeskongreß, der vom 13. bis 16. November 1996 in Dresden tagte, hat ein neues DGB-Grundsatzprogramm beschlossen (der Text liegt als Broschüre vor und ist beziehbar über: DGB-Bundesvorstand, Grundsatzabteilung, Postfach 101026, 40001 Düsseldorf). Wir dokumentieren - in wesentlichen Auszügen - die Diskussion des Kongresses zu den Anträgen mehrerer Gewerkschaften, die Entscheidung über ein neues Grundsatzprogramm für den DGB zu vertagen; zum Thema „Zukunft des Flächentarifvertrags“ sowie zum Thema „Organisationsreform und Rechtsschutz“. Teil 1 ist im vorliegenden Heft abgedruckt; die beiden weiteren Kapitel folgen in den nächsten Ausgaben. Der Dokumentation liegt das (vorläufige) Protokoll des Kongresses zugrunde, das gekürzt wurde. D. Red.

Themenbereich: Vertagung der Beschluß fassung über das neue Grundsatzprogramm

Walter Riestler (Vorsitzender der Antragsberatungskommission): [...] Nach Sichtung der Anträge sind wir zu der Überzeugung gelangt, daß fast alle der darin enthaltenen Anregungen. Kritiken und Ergänzungen in die Änderungsanträge eingeflossen sind und zu einem ganz erheblichen Teil über die Empfehlung der Antragsberatungskommission in die neu vorliegenden Empfehlungen aufgenommen sind, ob dies nun Fragen der Gleichstellung von Männern und Frauen, der Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherung, der Globalisierung, der Ökologie, der Erosion des Flächentarifver-

trages oder der Marktwirtschaft und der Probleme einer gerechten Weltwirtschaftsordnung sind. Ihren inhaltlichen Anliegen können wir also im Laufe unserer Beratungen in hohem Maße gerecht werden.

Richtig ist, daß sich die Rahmenbedingungen der gewerkschaftlichen Arbeit tiefgehend gewandelt haben. Und richtig ist, daß wir nicht bei jeder Veränderung beurteilen können, wie sie sich zukünftig letztendlich auswirken wird. Die Antragsberatungskommission hat sich intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, ob dieses Problem durch Vertagung gelöst werden könnte. Zwei Überlegungen sprechen aus unserer Sicht gegen Vertagung:

Zum einen steht jedes Programm vor dem Problem, ob die dort beschriebenen Lösungsansätze und Einschätzungen in der Tendenz stichhaltig und tragfähig für die Zukunft sind. Ich denke, dieses wird jetzt noch zugespitzter der Fall sein, weil die Änderungsprozesse schneller gehen. Programmatische Äußerungen, aber auch politisches Handeln sind in diesem Sinne auch vom Mut zum Risiko, vom Mut, eine Entwicklung möglicherweise fehleinzuschätzen, abhängig. Und jedes noch so gute Programm muß und sollte sich nach einigen Jahren die Frage gefallen lassen, ob es noch adäquate Antworten auf die bestehenden Herausforderungen gibt. Diese Frage mußte sich auch unser Programm aus dem Jahre 1981 gefallen lassen, und weil es noch nicht in allen Passagen und in allen Orientierungen diese Antworten gibt, sind wir heute zusammen, um neu zu beraten.

Zum zweiten sind wir gerade angesichts des Wandels in der Pflicht, unseren Mitgliedern zu sagen, wie wir mit den Herausforderungen umgehen wollen, wie wir uns eine lebenswerte, sozial gerechte und ökologisch verantwortbare Zukunft vorstellen und wie wir sie gestalten und durchsetzen wollen. Gerade angesichts der neoliberalen Zeitgeistsurfer und ihrer Beliebigkeit ist es für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften not-

wendig, die gewerkschaftliche Kontinuität, die den Wandel zwar aufgreift, sich ihm aber nicht beugt, auch inhaltlich deutlich zu machen. Das Grundsatzprogramm ist damit auch ein deutliches Zeichen des Zusammenhalts der Gewerkschaften und ihrer Verlässlichkeit in zerrissenen und schwierigen Zeiten.

[...]

Detlef Hensche (IG Medien): [...] Die IG Medien hat den Vertagungsantrag nicht gestellt, weil wir der Meinung wären, es wäre nicht genug Zeit für die Debatte gewesen. ... Und wir haben den Antrag auch nicht gestellt und halten nicht deshalb an ihm fest, weil wir der Meinung wären, der nunmehr vorliegende Entwurf - insbesondere nach der Arbeit der Antragsberatungskommission, Respekt! - wäre etwa inhaltlich mißraten. Nein, das ist er nicht.

Wenn man einmal die Summe unserer Interpretationen der sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeit nimmt, wenn man die Summe unserer aktuellen Stellungnahmen nimmt, so ist dieser Entwurf ein durchaus getreues Spiegelbild unseres aktuellen gewerkschaftlichen Selbstverständnisses.

Nein, der Vertagungsantrag - jedenfalls der der IG Medien - hat eine etwas andere Begründung, und zwar folgende: Es ist das Unbehagen, daß wir in einer Zeit des fundamentalen Umbruchs mit Problemen konfrontiert sind, die sich mit den Kategorien der letzten 40 Jahre nicht mehr so leicht beantworten lassen, daß wir mit völlig neuartigen Herausforderungen konfrontiert sind, auf die gegenwärtig - außer zahlreichen beherzigenswerten Ansätzen - die Antworten noch fehlen. Auch ich habe sie nicht. Deshalb sind wir der Meinung, es täte uns gut und stünde uns gut an, uns noch eine weitere Diskussionszeit zu verordnen. Übrigens ist das so neu nicht; die Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes werden sich erinnern, daß dieser Vorschlag - auch mit dieser Begründung - mittlerweile anderthalb Jahre alt ist.

Ich möchte nur einige Stichworte nennen. Wir alle wissen, daß die Massenarbeitslosigkeit mit den herkömmlichen Mitteln der Wirtschaftspolitik nicht zu überwinden ist. Wir alle ahnen: Ein völlig neuartiger Ansatz - Umverteilung der Arbeit - ist nötig. Wir alle sind konfrontiert - insbesondere in den neuen Bundesländern - mit einem Ausmaß an Arbeitslosigkeit, an Ausgrenzung, auch an Perspektivlosigkeit, das noch vor zehn Jahren niemand selbst in den schlimmsten Alpträumen erahnt und vorausgeahnt hätte. Wir erleben es, daß die Verlässlichkeit des betrieblichen Arbeitsverhältnisses, insbesondere in Großbetrieben mit freigestellten Betriebsräten und Personalräten, immer mehr seine Grundlage verliert und Millionen und Abermillionen Menschen in Kleinbetrieben arbeiten, und morgen werden es sehr, sehr viele - bald auch Millionen - sein, die freiberuflich tätig sind, aber gleichwohl sozial abhängig sind und unseren Schutz brauchen.

Wir sind konfrontiert mit der Erosion des Flächentarifvertrages, und wir alle spüren es - artikulieren es allerdings nicht offen genug -, daß auch unser organisatorisches Gerippe, das der Gewerkschaften, aber auch das des DGB, einmal eine kritische Bestandsaufnahme verdient.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder spürt - und da rede ich jetzt von unseren Mitgliedern, nicht von den Experten, die ja im Saale sind -, daß vieles anders geworden ist als in den Jahrzehnten zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg, und jeder spürt, daß auch die Antworten auf zum Teil völlig neuartige Herausforderungen anders aussehen werden, als wir sie in der Verlässlichkeit unseres politischen Kategoriensystems 40 Jahre lang formuliert haben. Ich habe auch den Eindruck, daß ein Großteil der Unsicherheit und Angst, die in den Betrieben anzutreffen sind, auch darauf zurückzuführen ist, daß man nicht genau weiß: Wo geht es denn hin? - bis hin dazu, daß konservative Rezepte - Verzichtsbereitschaft beispielsweise - auch in den eigenen

Reihen durchaus Resonanz finden, da sollten wir uns nichts vormachen. Dies zusammengenommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, war der Hintergrund für unsere Überlegung, es stünde uns gut an, uns doch noch etwas Beratungszeit zu nehmen. Ich möchte das jetzt anhand einiger Beispiele etwas plastischer konkretisieren.

Mit Abstand die wichtigste Herausforderung ist und bleibt die Arbeitslosigkeit. Jeder im Saale weiß: Uns hilft kein Konjunkturaufschwung, uns hilft auch keine weitere Exportoffensive, uns helfen auch keine geheimnisvollen Schlüsseltechnologien und Innovationen, um uns etwa Vollbeschäftigung wiederzubeschaffen, sondern wenn wir ehrlich sind, müssen wir davon ausgehen: Wir werden den Menschen, die heute schon ausgegrenzt sind und morgen in Gefahr stehen, ausgegrenzt zu werden, die Möglichkeit auf Arbeit nur schaffen, wenn wir bereit sind, in einem großangelegten politischen solidarischen Projekt die Arbeit umzuverteilen, auch in den eigenen Reihen. (Beifall)

Das heißt, das Gegenteil dessen, was gegenwärtig beispielsweise von Bonn aus praktiziert wird, ist bitter notwendig. In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit das Rentenalter hinaufzusetzen, ist der staatlich organisierte Wahnsinn! (Beifall)

Nur sind wir der Meinung: Ein isoliertes Herangehen - hier mal eine Stunde Arbeitszeitverkürzung durch Tarifvertrag, so notwendig und brennend notwendig das ist, da mal eine Teilzeitorientierung und dort Freizeitausgleich für Überstunden -, so notwendig das alles ist, ein isoliertes Herangehen wird nicht ausreichen, um den Schwung, auch die Begeisterungsfähigkeit und die Alternative zu entwickeln, die wir brauchen, um dem gegenwärtigen Bild der Konkurrenzwirtschaft in den eigenen Reihen auch eine Alternative entgegenzusetzen. Deshalb müssen wir in gleicher Weise, wenn wir Arbeitsumverteilung ernst nehmen, parallel tarifvertragliche Kürzungen der Arbeitszeit ins Auge fassen und mit aller Energie verfolgen. Wir müssen uns in den

Betrieben einsetzen, beispielsweise für Überstundenreduzierung und Freizeitausgleich. Aber ganz besonders werden wir unseren politischen Einfluß geltend machen, um durch Änderung der Steuer- und Sozialgesetzgebung den Wunsch auf reduzierte Arbeitszeit hier und da auch finanziell abzusichern, ja sogar zu fördern.

Zu dem Thema steht sehr Beherzigenswertes im Grundsatzprogramm. Ich finde es übrigens hervorragend, daß in der Tat der bisher immer unterstellte Regelfall des Normalarbeitsverhältnisses morgen nicht mehr der Regelfall sein wird, ja daß es sogar sinnvoll sein kann, Phasen der Erwerbsarbeit mit Phasen der Nichterwerbsarbeit oder reduzierter Erwerbsarbeit abwechseln zu lassen. Wenn ich das mache, dann darf ich nicht nach herkömmlichem Muster im Grunde die Risiken der Nichterwerbsarbeit oder der nur teilweisen Erwerbsarbeit auf die Schultern derer abladen, die das gegenwärtig machen. Zufällig sind es übrigens die Frauen, die zu allem Überfluß anschließend noch durch Rentenabschläge bestraft werden. (Beifall)

Wenn es richtig ist, daß Mann und Frau, wenn sie Kinder haben, auch Zeit für die Kinder haben sollen, dann muß ich den Wunsch auf familienbedingte Teilzeit auch fördern. Dasselbe gilt für Qualifizierungszeiten. Damit sind wir blitzschnell bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Was ich mit diesem Beispiel deutlich machen wollte, ist: Wir werden von einer isolierten Herangehensweise Abschied nehmen müssen, und wir werden, wenn wir glaubwürdig eine Alternative zur sich weiter fortfressenden Arbeitslosigkeit entwickeln wollen, im Grunde zum einen die Umverteilung der Arbeit viel stärker noch akzentuieren müssen - sie muß absolute Priorität in einem Programm haben -, und wir müssen zum anderen Einzelansätze zu einem in sich schlüssigen Projekt der solidarischen Arbeitsumverteilung in den eigenen Reihen zusammenbinden. Übrigens: Spätestens

dann werden wir uns auch um das Thema Lohnausgleich - ich meine damit differenzierten Lohnausgleich - nicht herummogeln können.

Dies habe ich ausgeführt, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht, weil ich der Meinung bin, daß das, was mancher sich schon ausgedacht hat, 19% in das Grundsatzprogramm Eingang finden müßte. So weit ist die Diskussion nicht. Wenn ich jedenfalls in Betriebsversammlungen über Arbeitsumverteilung referiere, bekomme ich meistens noch verhaltenen Beifall. Da bedarf es noch viel Überzeugungsarbeit.

Ich meine schon, ein Grundsatzprogramm läßt sich nicht dekretieren. Das ist ein Grund dafür, daß wir der Meinung sind, wir brauchen noch etwas Zeit, um beispielsweise zu dem Hauptübel, zu dem die Gewerkschaften gefordert sind, der weiter wachsenden Arbeitslosigkeit, Antworten zu entwickeln.

Ein weiteres Beispiel ist der Flächentarifvertrag. Ich gebe zu: Von diesem Thema sind nicht alle Gewerkschaften gleich betroffen. Im öffentlichen Dienst sieht es ja noch harmonischer aus. Aber es gibt Industriezweige - die Druckindustrie gehört dazu -, in denen die Verbindlichkeit des Flächentarifvertrages in den letzten Jahren in erschreckendem Maß erodiert ist. Noch gibt es ihn, aber immer mehr Betriebe sind bereits außerhalb der Tarifbindung.

Ich glaube, wir stimmen in dem Punkt überein: Wer die Verbindlichkeit des Tarifvertrages in Frage stellt und eine soziale Ordnung der wechselseitigen Unterbietungskonkurrenz einführen will, der rüttelt mehr an den Grundfesten unseres Sozialstaates, als sämtliche einzelnen Sozialabbaumaßnahmen der Vergangenheit zusammengenommen bewirkt haben. (Beifall)

... Konkurrenz ist gut - auf Warenmärkten jedweder Art. Aber nach meinem Verständnis gehört es zu den durchaus humanistischen Errungenschaften der Arbeitnehmerbewegung, die

Konkurrenz unter arbeitenden Menschen, nämlich den Zwang, sich wechselseitig unterbieten zu müssen, ausgeschlossen zu haben. Das ist der Weg des Tarifvertrages. (Lebhafter Beifall)

Doch diese Einsicht stoppt nicht die Erosion der Arbeitgeberverbände. Ich glaube auch nicht, daß Öffnungsklauseln im Verbandstarifvertrag jene Unternehmer, die bereits Geschmack am Sozial- und Tarifdumping gefunden haben, ermuntern, wieder in die Verbände zurückzukehren. Ich halte Öffnungsklauseln übrigens für notwendig, selbst Härteklausele. Wir haben es bereits praktiziert. Aber auch hier habe ich den Eindruck, daß sich die Brutalisierung der Wettbewerbsbeziehungen zwischen den Unternehmen unter Einschluß des Tarifdumpings als mittlerweile ordentlichem Wettbewerbsinstrument so festgefressen hat, daß wir dem allein durch eine Änderung der Tarifverträge mit behutsamen Öffnungsklauseln nicht weiter Einhalt gebieten können.

Wenn das so ist, sind wir meiner Meinung nach schon gezwungen, uns auf den schlimmsten und den Ernstfall einer Zukunft ohne Flächentarifvertrag, jedenfalls mal gedanklich, vorzubereiten. Jeder von uns kennt die Presseerklärungen: „Was machen Sie denn, wenn ...?“ - „Dann schließen wir Firmentarifverträge ab.“ Spätestens nach dem dritten Pressegespräch dieser Art kommt man ins Grübeln und fragt sich nachdenklich: Haben wir denn eigentlich die betrieblichen Voraussetzungen, um etwa dem Verlust des Flächentarifvertrages durch Firmentarifverträge einen ebenbürtigen Schutz für die Belegschaften gegenüberzustellen? Ich habe da meine Zweifel, ob die organisatorischen Voraussetzungen in den Betrieben gegeben sind, ob die Präsenz in den Betrieben gegeben ist.

Ich habe darüber hinaus meine Zweifel, ob die Art und Weise unserer tarifpolitischen Willensbildung, unseres Organisationsaufbaus, diesen Herausforderungen gerecht werden. Wir haben uns an die komfortable Situation gewöhnt,

daß uns der Flächentarifvertrag juristisch die überbetriebliche Verbindlichkeit beschert hat. Morgen wird das organisatorische Leistung sein müssen, wenn wir gezwungen sind, Firmentarifverträge abzuschließen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch mit diesem Beispiel will ich nur eines deutlich machen: Wir stehen vor Umbrüchen, wir stehen vor neuartigen Herausforderungen, die uns zwingen. hier und da auch einen Teil des organisatorischen Gerippes zu überdenken, mit dem wir bisher als Gewerkschaften großgeworden sind und durchaus Erfolg hatten. Das ist der Hintergrund unseres Antrages: Uns noch einmal Zeit zu nehmen - durchaus als Prozeß -, um zu diesen Fragen gemeinsam innerhalb des DGB zu neuen Antworten zu kommen.

Eine letzte Bemerkung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eines kann ich beim besten Willen nicht nachvollziehen: Ich meine, eine Organisation, die weiß, daß wir vor neuartigen Problemen stehen, und die diese Probleme benennt und sich Zeit nimmt, sie zu beantworten, eine solche Organisation zeigt in meinen Augen Souveränität und Stärke und nicht Schwäche. Vielen Dank! (Beifall)

[...]

Axel Becker (IG Medien): [...] Ich frage mich in der Tat ... wieso es denn ein Zeichen von Schwäche sein soll, wenn wir hier nicht irgend etwas durchziehen, sondern wenn wir hier sorgfältig beraten und mit einem - ich hoffe mit großer Mehrheit - abgestimmten Text herausgehen, den wir dann aber wieder einfüttern in die Mitgliedschaft. Wir wollen doch die Chance nutzen, durch diesen Prozeß eine Mobilisierung der Mitgliedschaft zu erreichen. (Vereinzelt Beifall)

[...]

Nun, Klaus Zwickel, zu Dir. Wie viele Delegierte hatte ich auf dem Weg zu diesem Kongreß das Vergnügen, Kenntnis nehmen zu dürfen von dem, was Du geruht hast, der BILD-Zeitung mitzuteilen, nämlich, daß die IG Metall hier

ausziehen wird, wenn die Vertagungsanträge durchkommen. Es mag ja sein, daß Du Dich damit nur auf eine ungewöhnliche Form an einem ungewöhnlichen Ort an Deine eigenen Mitglieder, an Deine Delegierten gewandt hast. Hast Du Dir aber auch einmal vorgestellt, wie wir uns vorkommen müssen? Hast Du Dir vorgestellt, was das für die Glaubwürdigkeit des DGB und die Verbindlichkeit des Grundsatzprogrammes bedeutet? (Lebhafter Beifall)

Ich halte die Neubestimmung der politischen Funktion des DGB, den wir brauchen im Verhältnis zu den Einzelgewerkschaften, für mindestens so wichtig wie das Grundsatzprogramm. Und ich halte den aus Machtinteressen und Existenzängsten gespeisten Prozeß der Fusionierungen für den Königsweg zur Selbsterstörung des DGB. (Beifall)

Du, Klaus Zwickel, hast der Öffentlichkeit nun genau demonstriert, was von einem DGB zu halten ist, der zur Funktion der großen Gewerkschaften wird. (Beifall)

Detlef Hensche hat es hier auch schon gesagt: Wir bekennen uns mit dem Text, der hier vorliegt, zur parlamentarischen Demokratie, zur innergewerkschaftlichen Demokratie und zur Organisationskultur. Jetzt frage ich mich: Was sollen denn die Leute draußen - ich sage immer: Es gibt nur Mitglieder und Noch-nicht-Mitglieder - von uns halten, wenn wir so mit uns selber umgehen?

Mein letzter Satz in der Sprache der jüngeren Generation: echt Scheiße, Mann. (Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Hubertus Schmoldt (IG Chemie-Papier-Keramik): [...] Zusammengekommen sind wir, um darüber zu beraten, ob und wie ein neues Grundsatzprogramm für den DGB aussehen muß, aussehen darf. Wir haben also zu entscheiden, ob wir ein neues Programm in der jetzt von der Antragsberatungskommission vorgelegten und geänderten Form verabschieden oder - wie einige meinen - eine neue Diskussionsrunde und - auch

darauf mache ich aufmerksam - einen weiteren Kongreß brauchen: einen weiteren Kongreß, um uns darüber klar zu werden, welche politischen Grundaussagen wir in dem Grundsatzprogramm treffen wollen und treffen müssen. Und nur darum geht es, nicht um Aktivitäten.

Ich sage für uns ganz entschieden: Wir können und wir müssen in diesen Tagen in Dresden eine Entscheidung treffen. Alles andere wäre nicht überzeugend zu begründen. Eine Vertagung würde uns in der Öffentlichkeit und, Kolleginnen und Kollegen, insbesondere bei unseren Mitgliedern großen Schaden zufügen. Bei aller Schwierigkeit, auf alle Fragen passende Antworten zu finden, können wir uns sicherlich eines nicht leisten: Unentschiedenheit und Unentschlossenheit. Es wird zu Recht von uns erwartet, daß wir uns dazu äußern, welche Richtung wir einschlagen, welche Politik wir als Gewerkschaften durchsetzen wollen.

Wenn ich diese Aussage treffe, dann tue ich dies, weil ich bisher - auch heute morgen nicht - kein einziges tragfähiges und überzeugendes Argument für eine Vertagung gehört habe. (Beifall)

Dabei, Kolleginnen und Kollegen, nehme ich wie alle anderen, die genauso denken wie wir, die Einwände, die hier vorgetragen worden sind, durchaus ernst. Doch einen so aufsehenerregenden Schritt einer Vertagung nach dem Vorlauf rechtfertigen sie mit Sicherheit nicht.

Es gibt zuerst, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Einwand, die Beratungszeit hätte nicht ausgereicht. Ich will nur in Erinnerung rufen - Walter Riester hat das vorhin umfangreich getan: Der Diskussionsprozeß zu diesem neuen Grundsatzprogramm hat vor fünf Jahren begonnen. Ich kann mich nicht erinnern, daß wir jemals so intensiv über ein neues Grundsatzprogramm diskutiert haben. Selbstverständlich habe auch ich registriert, daß die Beschäftigung mit den Thesen und Entwürfen erst in der letzten Phase sehr intensiv geworden ist. Das, denke ich, liegt in der Natur der Sache. Wenn wir dies jedoch als Begründung für

mangelnde Entscheidungsfähigkeit ins Feld führen wollen, kehrt sich dieser Vorwurf doch vor allem gegen uns selbst. Dann hätten wir selbst die Chance zur umfassenden rechtzeitigen Diskussion versäumt.

Ich darf an dieser Stelle auch hinzufügen - und dies scheint manchmal in Vergessenheit zu geraten: Der DGB-Bundesvorstand - also das Gremium, in dem die Vorsitzenden aller Gewerkschaften vertreten sind - hat zum Ablauf und zu den vorgelegten Entwürfen einstimmige Beschlüsse gefaßt, und zwar zustimmende. Zunächst waren alle mit dem Text des Entwurfes, mit dem Tenor und mit den grundsätzlichen Aussagen einverstanden.

Kolleginnen und Kollegen! Es fällt mir schwer zu verstehen, daß dies alles gegenstandslos sein soll, weil Regierung und Unternehmerverbände mit dem Sparpaket auf einen Konfrontationskurs umgeschwenkt sind. Es fällt mir schwer zu glauben, daß unsere Gegner darüber entscheiden, ob wir nach vorne diskutieren oder längst geglaubte und überwundene Richtungskämpfe Wiederaufleben lassen. Ich weigere mich einfach einzusehen, daß unser Bekenntnis zu den Zielen, die wir für richtig halten, vom Verhalten oder Betragen des Gegners abhängig gemacht werden muß.

Ein anderer Teil der Einwände, liebe Kolleginnen und Kollegen, lautet im Kern, daß im Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogrammes auf wichtige Fragen und Herausforderungen keine abschließenden Antworten gegeben werden. Diese Feststellung ist von der Sache her überhaupt nicht zu bestreiten. Aber - so frage ich - wollen wir denn wirklich so vermessen sein, ein Programm zu erwarten, in dem wir auf alle Fragen passende Antworten geben können? (Zustimmung)

Auch ein Grundsatzprogramm - und dies gilt heute mehr als in der Vergangenheit - kann doch nichts anderes als der Versuch sein, Orientierung zu geben - und dies in einer politisch-gesellschaftli-

chen Situation, die vor allem von Unsicherheit und Veränderungen geprägt ist. Es gibt viele Fragen, auf die wir, aber auch viele andere, keine Antworten haben. Die richtigen Fragen zu stellen und sich kompetent um Antworten zu bemühen, ist in unserer Situation eine politische Orientierung, die ich für aufrichtig und für angemessen halte.

Wir sollten niemandem - auch uns selbst nicht - vorgaukeln wollen, daß wir in der Lage wären, immer und überall umfassende Antworten zu formulieren oder gar alle Lösungen zu wissen. Dies wäre eine Form des Selbstbetrugs, die uns politisch kastrieren würde, die uns auch bei unseren Mitgliedern am Ende nur die Glaubwürdigkeit kostet. Im übrigen habe ich ein Grundsatzprogramm nie als einen Katalog von Antworten verstanden, nie als einen Katechismus gesehen, der eine präzise Richtschnur für alle Probleme der Zukunft sein will. Es entspricht vielmehr unserem historisch-politischen Selbstverständnis und unserem Verständnis von Demokratie, daß wir uns offen der Diskussion um die Zukunft unserer Gesellschaft stellen, daß wir Antworten suchen, wo wir dazu in der Lage sind, aber auch bei Fragen verbleiben, auf die es keine einfachen Antworten gibt.

Diese Antwort gebe ich auch jenen, die mir sagen, daß die Rasanz der Veränderung und der Umfang der Probleme, wie sie etwa Globalisierung und Strukturwandel verursachen, zur Zeit gar keine gültigen Antworten zuließen, einmal abgesehen davon, daß wir uns damit selbst ein Armutszeugnis ausstellen würden, das ich mit Sicherheit so nicht teile. Wenn der Einwand stimmt, sind wir auch in zwei Jahren nicht in der Lage, ausreichende politische Orientierungen zu geben. (Zustimmung)

Und glaubt denn jemand, Kolleginnen und Kollegen, daß die Veränderungen, die uns im Moment so große Probleme bereiten, auf Antworten von uns warten und so lange stillstehen? Nein, Kolleginnen und Kollegen, die Probleme dürften kaum geringer werden, das

Tempo der Veränderungen nicht langsamer. Wenn der Einwand stimmt, so fürchte ich, können wir überhaupt kein Grundsatzprogramm mehr beschließen.

[...]

Die schwerwiegendsten Einwände, liebe Kolleginnen und Kollegen - und damit komme ich zum Kern unseres heutigen Problems -, dürften dort liegen, wo dem Entwurf des neuen Grundsatzprogrammes eine falsche Ausrichtung unterstellt wird: Der Entwurf sei viel zu sehr konsensorientiert, sei auf Anpassung an unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ausgelegt, wäre nicht innovativ genug, nicht kämpferisch und anderes mehr.

Ich will die inhaltlichen Fragen an dieser Stelle nicht im einzelnen erörtern, dazu werden wir sicherlich noch ausreichend Gelegenheit haben. Aber soviel will ich jetzt schon sagen: Wer so argumentiert, der will offenbar eine andere politische Aussage, der will ein grundsätzlich anderes Programm. Es ist durchaus legitim, diese Position zu vertreten und um Mehrheiten zu werben. Aber dann sollte dies doch bitte offen in der inhaltlichen Auseinandersetzung geschehen. (Beifall)

Eine Vertagung, Kolleginnen und Kollegen, hilft uns an dieser Stelle überhaupt nicht weiter. Wir können doch alle miteinander völlig sicher sein, daß wir in zwei, drei oder fünf Jahren genau die gleiche Debatte führen, genau die gleiche Kontroverse austragen.

[...]

Klaus Zwickel (IG Metall): Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte meine Wortmeldung schon abgegeben, bevor ich dazu aufgefordert wurde, weil es ohnehin meine Art ist, meine Meinung zu sagen - und wenn es sein muß, auch sehr klar. (Beifall)

Noch, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Delegierten der IG Metall und ich nicht umgebucht. Aber es gehört

auch zur Organisationskultur, sich an Verabredungen, sich an Entscheidungen zu halten. Aber dazu sage ich noch etwas. Es ist jedenfalls mein Verständnis und das des überwiegenden Teils der Kolleginnen und Kollegen der Delegation der IG Metall, daß dieser Kongreß ausschließlich zu dem Zweck zusammengekommen ist, dieses Grundsatzprogramm erstens zu diskutieren und es zweitens zu verabschieden. Das ist konkreter Auftrag, und das ist es auch, was unsere Kolleginnen und Kollegen draußen - davon bin ich überzeugt - als Ergebnis dieses Kongresses von uns erwarten. (Beifall)

Ich will aus Zeitgründen die Vorgeschichte bis zur Vorlage des Programmentwurfes vernachlässigen, wenngleich noch nie, liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem solchen Umfang, in einer solchen Breite - mit Wissenschaftlern, mit Vertretern sozialer Gruppen, mit Funktionären aus den eigenen Mitgliedsgewerkschaften - in sogenannten Werkstattgesprächen, Workshops - und wie immer das auch heißen mag - durchgeführt wurden, Arbeitsgruppen Vorleistungen erbracht haben, bis schließlich im März dieses Jahres ein Entwurf im DGB-Bundesvorstand als Diskussionsgrundlage verabschiedet wurde. Diese Entscheidung im März dieses Jahres wurde einstimmig getroffen. Alle Gewerkschaftsvorsitzenden waren der Meinung, dieser Entwurf schaffe eine ausreichende Basis, die jetzt bis zum Kongreß schwerpunktmäßig zu konkretisieren wäre. Genau dies war die Entscheidung, und dies war das Verständnis. Sich an diese Entscheidung, an diese Einschätzung und an diese Verabredung zu halten, gehört in meinem Verständnis ebenfalls zur Organisationskultur. (Beifall)

Ich bin sicher Eine Verschiebung der Verabschiedung des Programmes würde ebenfalls, was in den Diskussionen auch hier zum Teil gefordert wird, keine Mitgliederdiskussion bringen. Sie würde dazu führen, daß eine erneute Diskussion vielleicht - ich sage ausdrücklich: vielleicht - fünf oder sechs Monate vor dem dann Ordentlichen Kongreß losginge und

bis dahin die Programmdebatte wiederum die Angelegenheit einiger weniger wäre und möglicherweise nur in Zirkeln geführt würde.

Immerhin, liebe Kolleginnen und Kollegen, konnten von März bis zum Antragsschluß, was wir alle feststellen konnten und was die Antragsberatungskommission nochmals betont hat, 570 Änderungsanträge gestellt werden. Das ist nicht gerade ein Zeichen von mangelnder Diskussionsmöglichkeit.

Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte, daß wir offen miteinander diskutieren. Ich stelle dann fest: Programmdebatten waren nie Gegenstand - man mag das verurteilen, man mag das beklagen - breiter Mitgliederdiskussion und werden es wohl auch in Zukunft nicht sein. Gerade ein Teil der Kolleginnen und Kollegen, die vorgeben, die Zeit habe nicht gereicht - auch das will ich nicht ausklammern, wenn wir miteinander schon offen darüber diskutieren -, fand ausreichend Zeit, sich z. B. außerhalb der IG Metall und anderer Gewerkschaften zu treffen, nicht mit dem Ziel, eine Diskussion zu führen, Alternativen zum Entwurf zu entwickeln - auch das entspricht zumindest nicht meinem Organisationsverständnis -, sondern es ging darum, sich zu positionieren.

Wenn ich zugleich das Stichwort Mitgliederbeteiligung lese und höre, dann muß ich feststellen: In vielen Betrieben, in vielen Verwaltungsstellen - nicht nur, aber vor allem der IG Metall - beteiligen sich, bewegen sich seit Anfang Mai dieses Jahres Hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, weil ihnen ihre Gewerkschaft, weil ihnen der Deutsche Gewerkschaftsbund mit der Forderung nach einem Bündnis für Arbeit endlich wieder eine politische Plattform geboten haben, mit der sie etwas anfangen können. (Beifall)

Hierbei können sie vor allem selbst konkret nachvollziehen, daß nicht die Gewerkschaften die ideologischen Betonköpfe sind. Hier können sie endlich wieder politische Gesamtzusammen-

hänge deutlicher selbst erkennen und daraus ihre Schlußfolgerung ziehen: Widerstand und kämpfen für Gerechtigkeit ist meine Sache als abhängig Beschäftigter. Ich bin Gewerkschafter: auf mich kommt es an. Es lohnt sich mitzumachen. Es lohnt sich, Mitglied zu sein und Mitglied in diesen Gewerkschaften zu werden. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Das ist soziale Bewegung, während sich bei einigen Funktionären nur die Lippen bewegen. (Zuruf: Buh!)

[...]

Walter Riester (IG Metall): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele, die diskutiert haben, haben darauf hingewiesen, daß sich in der Zwischenzeit bei dem Ursprungsentwurf eine ganze Menge positiv verändert habe und jetzt so etwas wie eine Alternative vorliege, die gut sei, aber erneut diskutiert werden müsse.

Ich will zunächst ein Mißverständnis ausräumen. Der DGB hat sozusagen als Service-Leistung - und das ist hilfreich und für die Delegierten wichtig - einen Fließtext erstellt, was wäre, wenn die Empfehlungen der Antragsberatungen in Gänze angenommen würden. Für unsere Antragsberatungen war das wichtig - wir werden in der Antragsberatung gleich auf die Probleme stoßen -, weil es entscheidend ist, die Zuordnungen und das Verhältnis der einzelnen Absätze zueinander schon in den Beratungen aufzunehmen. Aber, um es deutlich zu sagen: Die Antragsberatungskommission hat keinen Alternativentwurf vorgelegt, sondern hat das Ergebnis des Willensbildungsprozesses der Einzelgewerkschaften, der Gliederungen - der 570 Anträge, wenn Ihr so wollt: Euer Wollen - in Empfehlungen der Antragsberatungskommission einmünden lassen. (Beifall)

Deswegen ist die Forderung, die Empfehlungen der Antragsberatungskommission erneut in eine breite Diskussion einzubringen, meiner Meinung nach völlig falsch; denn wir kämen zu der gleichen Folgerung, wenn wir bei einem, wie

ich sagen möchte, stinknormalen Gewerkschaftstag die Beschlüsse erneut zur Diskussion stellen würden. Nein, wenn Ihr der Auffassung seid, daß aus den 570 Anträgen aufgrund der Empfehlung der Antragsberatungskommission und ihrer Systematik eine Basis zu entwickeln ist, zu der man ja sagen könne, dann entscheidet.

Zweiter Teil. Wir sind vor fünf Jahren völlig übereinstimmend mit der Position angetreten, daß es notwendig ist, die Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes - unsere Programmatik von 1981 - zu ändern, das war völlig unstrittig, weil wir gesehen haben, daß sich schon vor fünf Jahren gesellschaftspolitisch in unseren eigenen Positionen und in unseren Aufgabenstellungen so viel geändert hat.

In diesen fünf Jahren sind wir, in einem beispiellosen Prozeß einer sich beschleunigten Veränderung stehend, an einem Punkt angekommen, an dem sich - und jetzt setze ich bei Detlef Hensche an - die Frage stellt: Sind wir mit unserem eigenen Klärungsprozeß so weit, daß wir das, was wir vor fünf Jahren als notwendig angesehen haben, heute infolge der beschleunigten Veränderungen zur Entscheidung vorlegen können?

[...]

Ich bin der Auffassung, daß es für uns und über unsere Organisation hinaus auch für die Öffentlichkeit zu dokumentieren wichtig ist, wie wir uns in den zentralen Fragen der Zukunft von Arbeit, von Sozialstaat, von Gewerkschaften und von ökonomischen Anforderungen positionieren. Diese Positionierung aber kann nicht leisten, was eine Ebene tiefer ein Aktionsprogramm leisten muß, nämlich die Zusammenführung genau dieser Politikansätze in politisches Handeln. Konkret gehören dazu die strategischen Ansätze der Einzelgewerkschaften, die zu bündeln sind, in diesen uns beide umtreibenden Fragestellungen. Du [Detlef Hensche; d. Red.] hast eine Frage aufgerissen: Was machen wir, wenn der Flächentarifvertrag nicht hält und wir auf

die Position zurückgeworfen werden, daß eine Verbetrieblichung der Tarifpolitik durch die Tarifvertragsparteien gesteuert und koordiniert werden muß? Das bedeutet eine Reorganisation der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit. Dieses aber werden wir nie in einem DGB-Grundsatzprogramm als eine Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes ausweisen können. Wir können möglicherweise nach der Entwicklung und Praktizierung eines solchen Prozesses neues Lernen in der programmatischen Setzung dessen, was Gewerkschaften leisten können, beginnen. Damit werden wir an einem Punkt sein, an dem wir unsere Programmatik erneut ändern müssen.

[...]

Jetzt komme ich auf die dritte Partei zu sprechen, die man nicht ausblenden kann: die Öffentlichkeit, die uns beobachtet - zu Recht, notwendigerweise. Ich denke, wir sollten uns im Kern darüber freuen. Es könnte nichts Schlimmeres passieren, als daß eine Gewerkschaftsbewegung sozusagen im eigenen Saft schmort und niemand beobachtet, wie sie vor sich hindümpelt. Diese Öffentlichkeit will ja auch eine Antwort auf die Frage: Wie positionieren sich die deutschen Gewerkschaften in dieser veränderten Landschaft? Die Antwort darauf, aus diesem Kongreß heraus: ..Sie positionieren sich nur4' - wobei das wichtig ist - „mit einer weiteren Diskussion, aber sie können sich fünf Jahre, nachdem sie einen Anlauf genommen haben, ihre Programmatik zu verändern, nicht auf eine neue Programmatik verständigen“, stärkt die Gewerkschaften und ihr Ansehen in der Öffentlichkeit nicht.

[...]

Ludger Hinse (IG Metall): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich deshalb nicht schon vor dem Kongreß gemeldet und mir etwas aufgeschrieben, sondern in der Diskussion zugehört und mich dann darauf gemeldet, weil ich denke, man muß auch erst einmal zuhören, was der andere zu sagen hat.

Manches hat mich geärgert. Deshalb habe ich mich jetzt gemeldet, wie ich das immer getan habe, schon als Jugendvertreter: Wenn mich etwas geärgert hat, habe ich mich gemeldet und den Mund aufgemacht. Und ich denke, das sollte ich beibehalten. Mich hat geärgert, für welche Positionen unsere Mitglieder herhalten müssen - im Prinzip ja für jede Position:

Für die Mitglieder war die Zeit zu knapp, das Grundsatzprogramm zu diskutieren - ich setze mich einmal mit den Argumenten auseinander. Nicht von Dir, Detlef, da habe ich auch sorgfältig zugehört und sage auch gleich noch etwas dazu. Einige aber haben gesagt, die Zeit wäre zu knapp gewesen. Das setzt ja voraus, daß wir in Zukunft Zeit hätten, das zu diskutieren.

Meine Erfahrung ist: Wir hatten keine Zeit, mit den Mitgliedern zu diskutieren, weil die Mitglieder etwas anderes diskutiert haben, weil sie vor anderen Problemfragen standen, die zum Teil im Grundsatzprogramm beantwortet werden, zum Teil aber auch nicht. Sie standen vor der Problemsituation wie heute auch - ich komme ja aus dem Ruhrgebiet, daraus mache ich auch keinen Hehl; da wird auch geradeheraus geredet, und das hilft auch manchmal -, daß zum Beispiel beim Tarifvertrag - ich greife das jetzt einmal auf, Detlef, ich mache es immer direkt - natürlich die Analyse richtig ist, aber trotzdem gefragt werden muß: Was sage ich dem Maschinenbauer beim größten Metallarbeitgeber am Ort außer Opel, der aus dem Arbeitgeberverband austritt? Da kann ich mich nicht vor 900 Mitglieder stellen und denen sagen, wir diskutieren das im Deutschen Gewerkschaftsbund erst zu Ende - ich mache das mal so; Du bist ja auch nicht so zimperlich, dann will ich auch mal nicht so sein -, bis wir eine Antwort finden. Nein, die Mitglieder erwarten von uns aktuell, daß wir gemeinsam mit ihnen Handlungen vollziehen. Deswegen wird man Mitglied einer Gewerkschaft und aus keinem anderen Grund. (Beifall)

[...]

Franziska Wiethold {Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen): [...] Ich sehe im Augenblick zwei Gefahren. Die eine ist in der Tat, daß wir mit einem neuen Grundsatzprogramm sehr, sehr schmerzhaft und offene Fragen zukleistern und uns so Sicherheiten verschaffen. Ein bißchen laut im Wald rufen, das kennen wir alle gut. Die Gefahr sehe ich sehr wohl. Ich sehe aber gleichzeitig eine zweite Gefahr, und die ist für mich aktuell etwas größer. Es gibt eine ganze Reihe von Politikern und Journalisten, die gerne möchten, daß diese Gewerkschaften alles in Frage stellen, ganz modern werden, und letztlich - ich sage es mal überspitzt - vom alten Pragmatismus übergangslos in die neue Beliebbarkeit gehen. (Beifall)

Ich halte es für ganz wichtig, daß wir uns von bestimmten Positionen nicht verabschieden, das hier auch sehr deutlich beschließen. Ich weiß nicht, wie wir Vollbeschäftigung erreichen. Ich möchte aber, daß wir an dem Ziel, ein Sozialstaat muß das Recht auf Arbeit verwirklichen - ein fast wörtliches Zitat - festhalten, obwohl wir nicht genau wissen, wie wir das erreichen. (Beifall)

Ich halte es für ganz fatal, wenn wir möglicherweise... denjenigen Argumente an die Hand geben, die dann sagen, der Kongreß hat ja gar nichts beschlossen, da ist nur alles in Frage gestellt worden. Halten die Gewerkschaften noch an einem Sozialstaat mit Recht auf Arbeit und anderen Geschichten fest oder nicht? Wir wissen es nicht mehr. Jeder kann machen, was er will, der Weg ist das Ziel. Schau'n wir mal.

[...]

Ich möchte an dem Ziel, daß der Arbeitsmarkt kein normaler Markt ist, daß Mindestbedingungen durch Flächentarifverträge festgeschrieben werden müssen, auch dann festhalten, wenn wir im Augenblick nicht die Kraft haben, es durchzusetzen. Sonst könnte die Gefahr bestehen, daß wir uns irgendwann die

Wirklichkeit schön schreiben, weil wir uns nicht so gerne eingestehen, daß wir nicht die Kraft haben, dagegen anzukommen. Dazu neigen Gewerkschaften auch.

[...]

Wir dürfen nicht auf diese gefährliche Geschichte „Der Weg ist das Ziel“, eingehen, müssen aber gleichzeitig auch offen sagen, wie wir diesen Weg erreichen. Das wissen wir im Augenblick nicht. Wir wissen auch nicht, was wir machen, wenn es ganz furchtbar wird. Wir müssen dazu einen Diskussionsprozeß organisieren und dort die sehr schmerzhaften und offenen Fragen auch so besprechen.

Insofern bitte ich wirklich, hier nicht so gespenstische Diskussionen zu führen. Wir müssen die Kraft haben, auf diesem Kongreß eine Grundorientierung zu verabschieden, um auch einen Rahmen zu geben für die kommenden Auseinandersetzungen – Vollbeschäftigung, Flächentarifvertrag. Mindestbedingungen regeln und so weiter.

[...]

Klaus Wiesehügel (IG Bauen-Agrar-Umwelt): [...] Die IG Bauen-Agrar-Umwelt hat natürlich ebenfalls darüber debattiert, und es gibt für mich - das will ich hier sagen - zwei Gründe für die Empfehlung, heute zu beschließen, dieses Grundsatzprogramm nicht nur zu diskutieren, sondern es auch zu verabschieden. Der erste Grund ist - das haben einige andere ebenfalls schon gesagt: Ich finde, die Antragsberatungskommission hat den Diskussionsprozeß in guter Weise moderiert ..., und ich denke, es ist auch genügend Diskussion eingeflossen, so daß hier auch entschieden werden kann. (Beifall)

Der zweite Grund - und deswegen bin ich auch ans Rednerpult gekommen - ist ein anderer Punkt, das ist hier eigentlich noch gar nicht diskutiert worden. Klaus Zwickel hat eben gesagt, wir sind hierhergefahren, um über ein Grundsatzprogramm zu diskutieren und es zu verabschieden. Das ist nur die halbe Wahrheit.

Ursprünglich ist dieser Kongreß mal als Organisationsreformkongreß und nicht als Programmkongreß geplant gewesen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist mein Problem: Wir haben sechs Anträge und drei Entschlüsse zur Organisationsreform in dem dicken Paket, und die Themen, die dort behandelt werden, sind nicht unbedingt ... das Herzstück unserer Probleme. Wir können es uns nicht erlauben, das Grundsatzprogramm, wie ein Kollege es gefordert hat, zu verschieben, weil die Diskussion noch weitergeführt werden muß. Wenn wir es jetzt verschieben würden, habe ich die Riesensorge, daß wir 1998 in irgendeiner anderen Halle sitzen und diese Diskussion womöglich wieder führen und nicht zur Organisationsreform kommen. Ich denke, diese Organisationsreform ist dringend notwendig.

Eben hat jemand festgestellt, daß Klaus Zwickel gar nicht da sei. Ich sehe, Gisbert Schlemmer ist auch nicht da. Mir schwant da etwas. Die werden wohl eine Pressekonferenz haben. (Heiterkeit)

Die machen Organisationsreform, während wir hier die Diskussion aufschieben. Das ist mein Problem! (Lebhafter Beifall)

Die machen aber keine Organisationsreform, bei der alle gemeinsam überlegen, wie wir es machen könnten. Es gibt im Augenblick im DGB eine Organisationsreform mit den Füßen. Das ist ein bißchen schwierig. Die Rechtsschutzsituation schieben wir vor uns her. Es gibt mittlerweile kritische Stimmen, die sagen, wir schieben sie nur deswegen vor uns her, damit die Kleinen Angst kriegen und schnell zu den Großen gehen. Vielleicht ist das nicht richtig, aber manchmal könnte man auch glauben, es wird schon ein Stück Druck ausgeübt. Ich finde da die Position der IG Chemie viel ehrlicher. Sie sagt, das müssen die Einzelgewerkschaften machen. Dann weiß jeder, woran er ist.

[...]

Wir wissen, wie schwierig Integrationsprozesse sind, wenn zwei Gewerkschaften zueinander finden. [...] Wir wissen, wie problematisch sich Integrationsverlust auswirkt. Meine Prophezeiung ist: Wir können uns hier alle sehr stark konzentrieren und finanzielle Probleme damit lösen. Wir lösen aber nicht das Problem, daß wir die Menschen nicht organisieren. (Beifall)

[...]

Gestern abend waren Journalisten mit den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften zusammen. Ein Journalist hat gestern abend zu mir gesagt, daß er uns überhaupt nicht versteht. „Ihr redet offiziell über ein Programm. Es ist ein Programmkongreß. Wenn man aber hier beim Bier mit Euch redet, sprecht Ihr nur

darüber, wer mit wem. Aber dieses Wer-mit-wem findet auf dem Kongreß eigentlich nicht statt.“ Dies ist auch ein Grund, warum wir ganz schnell dazu kommen müssen, in dieser Organisation über eine Organisationsreform zu reden. Dem Journalisten habe ich auch nicht erklären können, warum wir nicht Manns genug sind, diese Debatte zu führen, warum wir das alles dem Zufall, dem Geld, der Macht und der Not überlassen und nicht tatsächlich sachlich an die Dinge herangehen. Ich, wie gesagt, bedaure das.

Laßt uns diese Debatte so schnell wie möglich hier führen! Laßt uns zur Organisationsreform kommen! Wir brauchen nämlich eine Antwort auf eine ganz wichtige Frage. Die Frage lautet: Quo vadis DGB? (Beifall)